

durch, ihr Verhältnis zur ungarischen Kultur zu klären. Der Verf. skizziert das kulturelle Interesse des Pesth-Ofener Deutschtums aus dem Inhalt der politisch-literarisch-kulturellen Blätter und Zeitschriften heraus, etwa der *Zeitschrift von und für Ungern*, dem *Patriotischen Tageblatt*, dem *Pesther Tageblatt*, den Zeitschriften *Pannonia* und *Iris*. Fried betont die Pluralität (»Die Zentren der deutschen, ungarischen, serbischen und slowakischen Literatur in Ungarn entwickeln sich in Pesth nebeneinander und nicht gegeneinander.«) (S. 97) und die in den deutschen Blättern zutage tretende Unvoreingenommenheit, Offenheit und Verständnissuche für die kulturellen Belange der anderen Nationalitäten, namentlich der Ungarn. Diese Kulturvermittlung war mit ein Element zur kulturellen Assimilation an das Ungarntum. »Das Pesth-Ofener Deutschtum... wurde unwillkürlich der Gefährte des Ungarntums, das für die bürgerliche Umgestaltung kämpfte, indem es sich stufenweise (es muß betont werden: freiwillig) näherte« (S. 109).

Michael Weithmann

München

UNGARN 1848—1945

Arató, Endre: *A feudális nemzetiségtől a polgári nemzetig. A magyarországi nem magyar népek nemzeti ideológiáinak előzményei* [Von der feudalen Nationalität zur bürgerlichen Nation. Die Vorläufer der nationalen Ideologie der nichtmadjarischen Völker Ungarns]. Budapest: Akadémiai Kiadó 1975. 175 S.

Wie der Untertitel aussagt, geht es um die Vorläufer nationaler Ideologien, d. h. im Grunde um Ideengeschichte. Daß auch unter diesem Aspekt der Bezug auf die zugrundeliegende Sozialstruktur hergestellt wird, ist eine Selbstverständlichkeit, die nicht nur für marxistische Historiker gilt. Der Umschlagpunkt zwischen der »feudalen« und der bürgerlichen nationalen Ideologie sieht der Verfasser am Ende des 18. Jhs., in der Aufklärung, und eines der Kriterien der neuen bürgerlichen Auffassung ist die Bedeutung der Sprache. Bei dieser Periodisierung bleibt es in manchen Fällen problematisch, ob man im 17. Jh. bei bestimmten »modernen« Komponenten eines nationalen Bewußtseins von bürgerlichen Denkelementen sprechen kann. Vielleicht handelt es sich dabei doch zum Teil um überzeitliche Kategorien. Der Verf., der auch durch Untersuchungen über das madjarische Nationalbewußtsein ausgewiesen ist, begnügt sich hier mit entsprechenden Hinweisen. Man muß sich natürlich diese madjarische Entwicklungslinie vor Augen halten, um den Gesamtzusammenhang zu verstehen.

Die Thematik wird außerordentlich differenziert behandelt. Dies geschieht sowohl in den Einzelabschnitten über die Kroaten, Serben, Siebenbürger Sachsen, Rumänen, Slowaken, Ukrainer (Rusinen), als auch in dem sehr dichten vergleichenden Schlußabschnitt. In den Nationalitätenkapiteln beginnt die Darstellung mit der Frage nach den Privilegien; es werden die einzelnen

Geschichtsschreibungen, historischen Thesen, Sprachbestrebungen und politischen Aktionen sowie die Reaktionen des madjarischen Adels und der Krone geschildert. Wenn diese Entwicklungen auch bisher von verschiedener Seite dargestellt wurden, so erhalten sie hier doch besondere Akzente.

Im Vergleich ergibt sich hier für die einzelnen Gruppen die folgende Lage: Die Siebenbürger Sachsen und die Kroaten konnten sich auf alte Vorrechte berufen, die sie lange bewahrten, sie hatten überdies den Vorteil der konfessionellen Einheit. Über Privilegien, wenn auch nicht aus dem Mittelalter, verfügten die Serben; die Rumänen gewannen einige Vorteile durch die kirchliche Union mit Rom. Ohne jede Privilegien stehen die Slowaken da, noch schwächer ist die Stellung der Ukrainer. Die Slowaken mit ihrer weit schwächeren weltlichen Intelligenzschicht als die Serben, ebenso die Rusinen, betonten die geschichtlich-ideologischen Werte besonders stark, die Rumänen kämpften um Privilegien, sie stützten sich auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit in Siebenbürgen und stellten die soziale Forderung, auch die Bauern mit in die Nation einzubeziehen; ähnliche Forderungen stellten die Serben. Die sächsischen freien Bauern auf dem Königsboden waren in der Tat einbezogen. Die Sachsen mit ihrer ausgeformten Sozialgliederung mit Patriziat, Mittelstand und freien Bauern hatten in ihren Vorstellungen die meisten modernen Elemente. Die ukrainische Intelligenz war jedoch noch vollständig im kirchlichen Denken gebunden. Geschichtsdenken und Bemühungen um die Sprache haben bei Kroaten, Serben, Rumänen und Slowaken am Ende des 18. Jhs. eine tragbare Ausgangsbasis geschaffen. Bei den Siebenbürger Sachsen ist sie wegen der engen Verbundenheit mit dem deutschen Kulturgebiet vorhanden, bei den Ukrainern fehlt sie noch.

Sehr ausführlich und differenziert sind die Literaturangaben sowohl zu den Grundsatz- als auch zu den Spezialfragen aus früheren Werken und aus den modernen Veröffentlichungen aus Ost und West. — Mit einigen Einwänden möchte ich abschließen. Der Verf. betont, daß die literarische Leistung der Siebenbürger Sachsen hinter der der Madjaren und Kroaten zurückblieb. Das ist richtig, aber diese Gruppen sind unter diesem Aspekt keine echten Vergleichsobjekte. Ferner kann man nicht sagen, daß der Dialekt der Siebenbürger Sachsen dem Obersächsischen sehr nahe sei. Oft ist vom slawischen Einheitsgedanken die Rede, seine Grundlage wird als ethnisch bezeichnet. Grundlage ist jedoch die Sprachverwandtschaft, eine begriffliche Nuance ist demnach vorhanden.

Helmut Klocke

Pöcking

Haselsteiner, Horst: *Herrscherrecht und Konstitutionalismus in Ungarn. Der Widerstand des Komitates Abauj gegen das Rekrutierungsdekret von König Franz vom 4. April 1821*; in: Österreichische Osthefte 17(1975) S. 233—240.

In Fortsetzung seiner breit angelegten archivalischen Studien zum Widerstand der ungarischen Lokalverwaltungsbehörden gegen herrscherliche Übergriffe befaßt sich der Verf. mit der Behandlung der Rekrutenfrage des Jahres 1821 in der Komitatsversammlung von Abauj und der staatsrechtlichen Argumentation der Stände gegen die Anordnung des Königs. Durch ihren nachhaltigen passiven Widerstand, der die vom König befohlenen Maßnahmen

erheblich verzögerte, erzwangen die ungarischen Stände die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Regierung des Landes (Wiedereinberufung des ungarischen Landtages 1825).

Edgar Hösch

München

Sarlós, B.: *Das Rechtswesen in Ungarn 1848—1918*, in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 21(1975) S. 309—346.

Es handelt sich um den Vorabdruck eines Beitrags für Band 2 des von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Werkes »Die Habsburger Monarchie 1848—1918«. Der Verf., Historiker und Mitarbeiter des Instituts für historische Wissenschaften der Ungarischen Akademie, gibt darin einen übersichtlichen Überblick über die komplizierte Entstehung eines modernen Rechtssystems in Ungarn zwischen 1848 und 1918. Der Beitrag ist historisch gegliedert. Nach einem einleitenden Überblick über die Rechtslage vor 1848 stellt der Verfasser zunächst die Zeit von 1848 bis zum Ausgleich von 1867 dar. Auch dieser Teil ist in sich wieder historisch gegliedert, nämlich in die Gesetze des Jahres 1848, die Rechtsnormen von 1849 und schließlich Neoabsolutismus und Provisorium. Trotz der zwangsläufigen Gedrängtheit seiner Darstellung findet der Verf. noch Gelegenheit zu eigenständigen Wertungen. So wendet er sich gegen die verbreitete Auffassung, die Gesetze von 1848 hätten die vollständige Gleichberechtigung der Bauernschaft verwirklicht; diese sei vielmehr erst durch Anweisungen des Justizministers von 1849 erfolgt. Auffallend ist die fast unterkühlte Darstellung der österreichischen Rechtspolitik nach dem Zusammenbruch des Unabhängigkeitskrieges. Die provisorischen Gerichtsnormen von 1861 hätten auf dem Gebiet der Justiz den Ausgleich von 1867 schon vorweggenommen. Der Periode nach dem Ausgleich von 1867 ist der dritte, umfangreichste Teil der Darstellung gewidmet. Nach einem allgemeinen Überblick behandelt der Verf. das Verfassungsrecht, die Gerichtsorganisation und das Justizrecht sowie schließlich die Verwaltungsgesetze. Dabei kommt allenthalben der Stolz über die erreichten kodifikatorischen und liberalen Errungenschaften zum Ausdruck.

Friedrich-Christian Schroeder

Regensburg

Szabad, Gy. *Kossuth on the Political System of the United States of America*. Budapest: Akadémiai Kiadó 1975. 31 S. = *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae*.

Diese Skizze gibt einen Überblick über die Beurteilung des politischen Systems der Vereinigten Staaten durch Kossuth vom Zeitpunkt seiner ersten Beschäftigung mit diesem Bereich um 1840 an bis etwa 1865, insbesondere gestützt auf seine Äußerungen während seiner Reise durch die Staaten 1851—1852. Als Gegner des »Feudalsystems« und der absolutistischen Regierungsform sah er die Vereinigten Staaten als Vorbild, vor allem auch in den Erfolgen der Revolution und des Unabhängigkeitskrieges, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit sicherten, die er für Ungarn erstrebte. Die Grundsätze der religiösen Freiheit, der Bodenverteilung, der Gleichheit vor dem Gesetz begeisterten ihn. In der Form der Machtverteilung zwischen dem Bund einer-

seits und den Staaten andererseits sah er eine Garantie für die Freiheit, die ihm auch geeignet schien, in Ungarn und selbst in seinem nachbarlichen Bereich das Problem der Nationen und Nationalitäten durch die Föderation sich selbst verwaltender Körperschaften zu lösen. Was Kossuth in den Vereinigten Staaten schätzte, waren vor allem die Grundsätze, zum Dogma sollten sie nicht werden, sich vielmehr im Sinne des Fortschritts entwickeln. Gegenüber den konkreten politischen Zuständen war er zum Teil kritisch, so wandte er sich gegen die zu großen Kompetenzen des Präsidenten, auch in der Außenpolitik, und gegen die Ablösung so vieler wichtiger administrativer Stelleninhaber bei einem Präsidentenwechsel. Zum Problem der Sklaverei nahm er nur zurückhaltend Stellung, wenn seine Haltung auch eindeutig dagegen war.

Helmut Klocke

Pöcking

Glatz, Ferenc: *Bürgerliche Entwicklung, Assimilation und Nationalismus in Ungarn im 19. Jahrhundert*, in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 21(1975) S. 153—169.

Die vorliegende Abhandlung — ursprünglich als Vortrag konzipiert — untersucht ein wichtiges Kapitel der ungarischen Geschichte der zweiten Hälfte des 19. Jhs. Der Verf. geht von der Frage aus: welche Wechselwirkung besteht zwischen gesellschaftlicher Entwicklung (Strukturen), Nationalismus und konfessioneller Gliederung in Ungarn? Vor allem das Beispiel Budapests, »der am meisten kapitalisierten Stadt« Ungarns, sollte hierauf eine Antwort geben. Ähnlich wie in Gesamtungarn ist insbesondere in seiner Hauptstadt gerade in der zweiten Hälfte des vorigen Jhs. der wirtschaftliche Aufschwung nicht zu übersehen. Beispiele: das Eisenbahnnetz Ungarns betrug 1846 erst 35 km, erreichte aber 1873 bereits 6253 km (was dem österreichisch-böhmischen Durchschnitt entsprach), die Zahl der Banken (die meisten davon in Budapest) nahm von 80 im Jahre 1866 auf 637 im Jahre 1873 zu. Dieser wirtschaftliche Aufschwung, der auch eine Vermehrung der »bürgerlichen« Berufszweige nach sich zog, erforderte eine große Anzahl neuer Arbeitskräfte: die Folge davon war eine allmähliche Bevölkerungsverschiebung, besonders nach der Hauptstadt zu. Wie läßt sich nun diese Mobilität nach Nationalitäten und Konfessionen gliedern? An erster Stelle wären hier die Slowaken zu nennen: von 1869 bis 1900 verdreifachte sich die Zahl der Zuwanderer aus »Slowakischen Komitaten« (von 12.300 auf 27.873); sie waren vor allem als »Unausgebildete« im Bausektor beschäftigt. Aber auch der Zustrom deutscher und jüdischer Einwanderer nach Budapest war beträchtlich (hier erhebt sich natürlich die Frage, ob Juden als Nationalität erfaßt werden können?). Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung Budapests betrug um 1900 bereits 23,6 %. Nicht unbedeutend war auch die Gruppe der im Ausland (inklusive der österreichischen Erbländer) geborenen Budapestener. So war ein beträchtlicher Teil der in »bürgerlichen Berufszweigen« Beschäftigten nicht-magyarischer Nationalität, deren Magyarisierung aber — nicht zuletzt durch natürliche Assimilation — sofort einsetzte. Besonders deutlich wird dies in der rapiden Abnahme der deutschen Verkehrssprache (nicht der deutschen Geschäftssprache!) innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte des 19. Jhs. Fast reziprok dazu wächst der Anteil der Ungarn bei Arbeitern und Beamten (1880: 50,6 %, 1890 bereits 65,7 %!). Der Anteil jüdischer Konfessions-

zugehöriger unter den Ungarn — vor allem in Industrie und Handel — war beträchtlich, was nicht zuletzt dadurch zu erklären ist, daß die Juden, bis 1840 vom Grundbesitz ausgeschlossen, »sich unter die Fittiche des adeligen Grundbesitzes und deren Herrschaftszentren« (161) begaben und mit Vertrieb und Handel der Produkte dieses Grundbesitzes beschäftigt waren. »Diese historischen Umstände erklären, warum die über das Handels- und Kreditleben angefertigten Statistiken von einem entscheidenden Übergewicht der Juden sprechen« und »das am meisten bürgerliche Element das ungarische Judentum war« (160). Die ungarische »nationale Führungsschicht« erblickte aber in dieser multinationalen Zusammensetzung des Bürgertums eine Gefahr. Der mittlere Adel, der bereits 1848/49 es nicht verstand, einen nationalen Ausgleich zustande zu bringen und sich nach der Revolution aus dem politischen Tagesgeschehen zurückgezogen hatte, knüpfte nun an seine gescheiterte Nationalitätenpolitik an und richtete konsequenter Weise seine Attacken gegen das nichtmagyarische Bürgertum, in welchem der Gedanke der Autonomie der Nationalitäten weiterzuleben schien. Diese »Bürgerfeindlichkeit« des magyarischen Nationalismus bekommt »seine klarste Prägung am Ende des Jahrhunderts in dem sogenannten Agrarnationalismus« (166).

Der Verf., der in letzter Zeit vor allem durch historiographische Arbeiten — insbesondere über Szekfű — hervortrat, liefert mit dieser Untersuchung einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des liberalen Bürgertums in Ungarn. Dabei werden die sozio-ökonomischen Voraussetzungen ebenso in Betracht gezogen, wie die nationale und konfessionelle Komponente. Leider kommt aber gerade das konfessionelle Moment — z. B. die Berufsgliederung nach christlichen Konfessionen im Sinne Max Webers — etwas zu kurz.

Moritz Csáky

Wien

Hanák, Peter: *Antezedentien des Osterartikels Deáks*, in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 21(1975) S. 271—307.

Die Geschichtsschreibung, die sich mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich beschäftigte, war bislang weitgehend der Meinung, daß der berühmte Osterartikel Franz Deáks — am Ostermontag, den 16. April 1865, und nicht wie Hanák schreibt (305) am Ostersonntag (!) im Pesti Napló publiziert — die plötzliche, entscheidende Wende auf dem Weg zum gemeinsamen Ausgleich darstellt. Der Verf., gewiß einer der tiefsten Kenner des Zeitalters des Dualismus (vgl. etwa seine jüngst erschienene Aufsatzsammlung: *Magyarország a Monarchiában. Tanulmányok*, Budapest 1975) revidiert diese opinio communis: »Der Beginn der öffentlichen Aktion kann vielleicht vom Erscheinen dieses Artikels an gerechnet werden, die meritokratische Aktion aber nicht« (307). Sowohl die früheren Arbeiten Deáks — vor allem seine zwar erst 1865 publizierte Kritik der Lustkandelschen Abhandlung über die staatsrechtliche Stellung Ungarns (*Adalék a magyar közjoghoz* ... Pest 1865 und die Ergänzungen, vgl. Kónyi III² S. 401—408) — als auch die erstmals durch Eduard Wertheimer veröffentlichten Protokolle der geheimen Unterredungen mit Baron August (282 ff., Anm. 37) von Ende Dezember 1864 und Februar 1865 zeigen, daß Deák bereits damals ein klares Bild von der staatsrechtlichen Stellung Ungarns in der Monarchie hatte (als Basis die Pragmatische Sanktion, daraus resultierend Personal-

union, gemeinsame Angelegenheiten...), mag auch die praktische Seite der Durchführung eines Ausgleichs, weil im Augenblick noch nicht aktuell, nicht besprochen worden sein. Hanák plädiert auch nachdrücklich dafür, daß die Ausgleichsverhandlungen nicht isoliert betrachtet werden dürfen: »Die Augusz-Mission, die Betrauung Zichys, die Bereitstellung Belcredis, die als Gegengewicht zu Bismarck geführte Aussenpolitik bildeten eine synchrone und eng verbundene Ereigniskette« (292), von denen die eigentlichen Ausgleichsverhandlungen Deák's und seiner Gesprächspartner nicht zu trennen sind. Die Zusammenschau dieser Ereignisse ist nun auch das Verdienst der vorliegenden Abhandlung, die — mit Ausnahme der Augusz-Mission — ansonsten weitgehend auf den ausgezeichneten Werken von Kényi M. (Deák Ferencz Beszédei III, Budapest 1903²) und Ferenczi Z. (Deák Élete III, Budapest 1904) basiert.

Moritz Csáky

Wien

Adriányi, Gabriel: *Ungarn und das I. Vaticanum*. Köln, Wien 1975. XX, 567 S. = Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 5.

Die vorliegende Arbeit stellt die 1971 von der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Bonn angenommene Habilitationsschrift des inzwischen zum Ordinarius für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der dortigen Fakultät berufenen Verfs. dar. In jahrelanger Forschungsarbeit in 23 europäischen Archiven hat der Verf. das Material zusammengetragen, mit dessen Hilfe er die Haltung des Episkopats der ungarischen Monarchie vor, während und nach dem 1. Vatikanischen Konzil darzustellen unternimmt. Man muß dem Verf. danken dafür, daß er u. a. ansonsten nur schwer zugängliches ungarisches Material, Quellen und Literatur, verarbeitet hat.

Dem Titel der Arbeit entsprechend befaßt sich der Verf. nicht nur mit der Haltung der ungarischen Bischöfe auf dem 1. Vaticanum. Er geht auch nicht nur der unmittelbaren Vorgeschichte des Konzils nach, sondern entfaltet in der Einleitung und im 1. Kapitel ein ausführliches Gemälde der Situation der ungarischen Kirche im allgemeinen (S. 3—23) und ihrer Diözesen im besonderen (S. 24—101). Es werden nicht nur die einzelnen Diözesen statistisch erfaßt, sondern auch jeweils Kurzbiographien der Bischöfe geboten. Das 2. Kapitel: »Die Lage der katholischen Kirche in Ungarn z. Z. des I. Vaticanums« (S. 102—138) wird durch einen interessanten Überblick über »die Lehre vom Primat und von der Unfehlbarkeit des Papstes in der ungarischen Theologie« beschlossen (S. 132—138), der zum Nachfragen anregt: »Die Gläubigen hörten nie etwas davon. Sie bildete nicht einmal einen Teil der theologischen Ausbildung... die ungarischen Bischöfe betrachteten deshalb auf dem Konzil die dogmatische Konstitution über die päpstliche Unfehlbarkeit nicht nur als eine Gefahr, sondern auch als eine neue, bisher nicht genügend diskutierte, noch nie gehörte Lehre« (S. 138). So wundert es nicht, wenn wir im 3. Kapitel über »Die Vorbereitungen der ungarischen Bischöfe für das I. Vaticanum« (S. 139—158) u. a. erfahren: »Der ungarische Episkopat betrachtete das Konzil von vornherein wegen der innenpolitischen Verhältnisse, der feindlichen Angriffe der extremen Liberalen und der Umwälzungen in Politik und Wirtschaft als unerwünscht« (S. 141) und daß die Bischöfe nur zögernd auf die römischen Anfragen reagierten (S. 145 ff.). Eine solche Haltung macht es auch verständ-

lich, daß trotz der »Bestrebungen für eine einheitliche Haltung des Episkopats auf dem Konzil« auf einer Bischofskonferenz im Juni 1869 die ungarischen Bischöfe »in die große Schlacht nach Rom gingen«, wie Primas Simor in einer Konzilsrede am 20. Mai 1870 sagte, »wie Soldaten ohne Waffen« (S. 153). »Über die Lehre der päpstlichen Unfehlbarkeit hatte sich kein einziger Bischof Gedanken gemacht« (S. 153), Bischof Roskovány v. Neutra ausgenommen (vgl. S. 138). Das 4. Kapitel (S. 159—268) behandelt »die Zusammenarbeit der ungarischen Bischöfe auf dem Konzil«, die sich ja bekanntlich mit der deutsch-österreichischen Gruppe der Minorität der Opposition anschlossen. Dabei kam dem Primas J. Simor, Erzbischof von Esztergom/Gran, der Mitglied der Glaubensdeputation wurde, und dem Erzbischof L. Haynalds von Kalocsa besondere Bedeutung zu. Beide traten durch bedeutsame Ansprachen vor den Konzilsvätern hervor (S. 178 ff., S. 181 ff., S. 193 ff., S. 196—199 u. ö.), in denen sie eindeutig die Meinung der Minorität vertraten, besonders in den Diskussionen über die Frage der päpstlichen Unfehlbarkeit. Der 7. Abschnitt dieses Kapitels bildet das eigentliche Herzstück des Buches (S. 224—268). Die geschlossene Opposition der ungarischen Bischöfe beeindruckte zwar so sehr, daß das Wort »ungarisch« von der Majorität als gleichbedeutend mit oppositionell gebraucht wurde (S. 254). Aber sie blieb, wie die Opposition der gesamten Minorität, ohne Erfolg, sodaß die ungarischen Bischöfe am 17. Juli 1870, einen Tag vor der definitiven Abstimmung, Rom verließen. Erst nach längeren Überlegungen hatten sie ihren ursprünglichen Plan, bei der Abstimmung offen mit »non placet« gegen die Majorität zu votieren, um so in aller Öffentlichkeit die Ökumenizität des Konzils anzuzweifeln, aufgegeben und sich dem Vorhaben der meisten Mitglieder der Opposition angeschlossen, der Schlußabstimmung fernzubleiben (vgl. bes. S. 262—266). Der Verf. faßt die Arbeit der ungarischen Bischöfe auf dem 1. Vatikanum in lobenden Worten zusammen: »Die Leistung des kleinen ungarischen Episkopats war groß und stand keinem Landesepiskopat nach. Seine 13 bis 15 Mitglieder ergriffen insgesamt 24mal das Wort, ... sie trugen zu der gesamten Arbeit des I. Vatikanums bedeutend bei und machten sich damit um die Kirche verdient« (S. 268). Das 5. Kapitel (S. 269—293) behandelt kurz aber eindringlich die unglaublich intensive Einmischung des Staates in die Angelegenheiten des Konzils und namentlich den politischen Druck von Regierung, Parlament, liberaler Presse und Öffentlichkeit auf die ungarischen Bischöfe beim Konzil. Im letzten 6. Kapitel über die »Auswirkungen des I. Vaticanums in Ungarn« (S. 294—384) untersucht der Verf. die Bestrebungen der ungarischen Regierung, durch die Wiedereinführung des sog. »Placetum Regium« die Veröffentlichung der Konzilsdekrete zu verhindern und den daraus resultierenden »Kulturkampf« zwischen Staat und Kirche bzw. Episkopat (S. 294—388), der zunächst zögernd, zuletzt aber in seiner Gesamtheit seine aus echter katholischer Gläubigkeit gewachsene Unterwerfung unter die Konzilsentscheidungen vollzog (S. 338—384), wenn er auch von der feierlichen Verkündigung der Dekrete aus politischen und seelsorgerlichen Gründen absah (S. 386). In einem Anhang sind sodann 77 Dokumente veröffentlicht, aus dem Zeitraum von 1861 bis 1873, welche die wichtigsten Vorgänge illustrieren (S. 389—534). Zeittafeln (S. 535—554), eine Liste des ungarischen Episkopats zur Zeit des I. Vaticanums (S. 555—557) und ein Personenregister (S. 559—567) sowie eine Karte der Diözesaneinteilung Ungarns beschließen das umfang- und aufschlußreiche Werk, das durch eine Reihe von Porträtreproduktionen bereichert und durch Quellen- und Literaturverzeichnis wissenschaftlich ausgewiesen ist.

Man wird dem Verf. zu danken haben dafür, daß er durch die Benutzung umfangreichen Quellenmaterials wie Gesandtschaftsberichte, Parlamentspapiere, Korrespondenzen und Tagebücher, von Zeitungen und zeitgenössischer Literatur die Komplexität der damaligen kirchenpolitischen Situation und die politischen Implikationen des Konzils am Beispiel Ungarns einsichtig macht. Dieses Quellenmaterial erlaubt dem Verf. auch, durch dokumentierte Kenntnis der Haltung des ungarischen Episkopats in nicht wenigen Punkten gängige Auffassungen und Wertungen zu korrigieren, worauf stets hingewiesen wird (z. B. S. 161 Anm. 15 u. 16; S. 163 Anm. 17 u. ö.). Umsicht und Sorgfalt im Umgang mit den Quellen lassen den Verf. eher vorsichtig sein in seinen Folgerungen. — Daß ein Werk, das man fast als ein Handbuch der ungarischen Kirchengeschichte im 19. Jh. ansagen möchte, auch Fragen offenläßt bzw. solche aufwirft, sei eher als Empfehlung angefügt. So möchten auch die nachfolgenden kritischen Bemerkungen verstanden werden.

Eine Gefahr, der das Buch nicht immer entrinnen konnte, liegt in dem Versuch, alles sagen zu wollen. Erst nach etwa einem Drittel des Textteils kommt der Verf. endlich auf das Thema Nr. 1 des Vaticanums zu sprechen: Die theologische Problematik der päpstlichen Unfehlbarkeit. Der vorher gebotene Text leidet darunter, daß zuviel erfaßt wird. Die statistischen Angaben über die Diözesen Ungarns erwecken den Eindruck der Regellosigkeit. Die Daten sind mal so, mal anders. Während z. B. S. 56 f. für die Diözese Steinamanger die Zahl der Katholiken für die Jahre 1857, 1863, 1874 und 1880 angeführt wird, fehlt für die anschließend S. 58 f. besprochene Diözese Stuhlweißenburg jedwede Zahl. Die S. 59 in der Anm. 2 schließlich angegebene Anzahl der Katholiken bezieht sich auf das Jahr 1970, ist also ohne Bezug zum Thema. Ähnliche Ungereimtheiten finden sich in diesem Kapitel öfters und relativieren den Wert des hier verarbeiteten Materials ungeheuer. Daß bei der Fülle der Angaben auch Fehlinformationen unterlaufen, ist wohl unvermeidbar: S. 56 kann die Gesamtzahl der Bevölkerung der Diözese Steinamanger von 1857 bis 1874 wohl kaum von 451.003 auf 421.919 »gestiegen« sein, höchstens gefallen, es sei denn, daß die Zahlenangaben nicht stimmen; S. 73 soll die Ausdehnung der Diözese Siebenbürgen von 58.254 km² »mehr als ein Viertel des ganzen Landes« ausgemacht haben. Demnach müßte Ungarn weniger als 233.016 km² groß gewesen sein, hatte aber wie der Verf. angibt, 271 174, 47 km²; d. h. für die Diözese Siebenbürgen ergäben sich im Verhältnis zum ganzen Land ca. 21,48 %, also doch nicht unwesentlich weniger als ein Viertel. — Die unkontrollierbare Zufälligkeit der statistischen Angaben führt dazu, daß z. B. S. 95 für die Diözese Armenierstadt des byzantinischen Ritus u. a. sogar das Gehalt der Domkapitulare angegeben wird, was sonst nicht geschieht und die Feststellung zu lesen ist, daß die Seminaristen »jedes Jahr dreitägige Exerzitien« machten. Der Weg von solchen Feststellungen bis zum Thema des Buches ist doch sehr weit. Die Auswahl der Angaben belastet denn auch die sehr unterschiedlichen Lebensläufe der einzelnen Bischöfe. So kommt es dann z. B. S. 79 vor, daß von Bischof Lipovniczky von Großwardein über seinen Werdegang bis zur Wahl zum Stadtpfarrer von Komorn aber auch gar nichts gesagt wird. Dabei wäre es doch so wichtig für das Verständnis der späteren Haltung der Bischöfe auf dem Konzil, etwas mehr über ihre theologische Ausbildung zu erfahren. Es genügt nicht, wenn S. 101 summarisch darauf verwiesen wird, daß viele in Wien studiert hatten und die meisten Doctor der Theologie waren. Auch die allgemeinen Hinweise auf die Nachwirkungen des Josefismus auf die Priestererziehung, die theologische Ausbildung etc. (S. 110) genügen nicht. Hier wäre eine Erforschung der

theologischen Herkunft der Bischöfe notwendig. Sie würde vielleicht auch helfen, die innere Entwicklung einiger Bischöfe verständlich zu machen; denn hier bleiben die meisten Fragen an den Verf. Wie soll man es zusammenbringen, wenn S. 152 festgestellt wird, daß die ungarischen Bischöfe »mit klaren Absichten nach Rom« gingen, wenn es aber S. 153 heißt, daß »die Vorbereitungen nicht sehr umfangreich« gewesen seien und daß, wie schon erwähnt, Primas Simor der Meinung war, die ungarischen Bischöfe seien in die große Schlacht nach Rom gegangen »wie Soldaten ohne Waffen«? Es bleibt dem Leser überlassen, nach der Feststellung, daß die Bischöfe die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit als »noch nie gehörte Lehre« betrachteten (S. 138, 228 f.), sich zu erklären, wieso dann der Primas Simor, zwar nach dem Konzil, die Auffassung vertrat und verbreitete, »daß die Lehre über das unfehlbare Lehramt des Papstes in Ungarn durch viele Bischöfe, Priester, Gelehrte und Gläubige auch vor der Dogmatisierung gelehrt, verkündet und angenommen worden sei« (S. 364). Die Wertung des Verfs.: »Wenn der Primas in diesem Hirtenbrief dennoch das Gegenteil von dem behauptete, was er auf dem Konzil gesagt hatte, so kann dies von ihm nur ein rein taktischer Schritt gewesen sein« (S. 365), tut sicher der theologischen Persönlichkeit des Primas unrecht und erklärt nichts. Für diese nicht gerade schmeichelhafte Beurteilung müßte der Beweis erbracht werden. In der Vorgeschichte der theologischen Haltung der ungarischen Bischöfe auf dem 1. Vaticanum sind also noch viele Fragen offen. Dies sei durch ein interessantes Beispiel illustriert. S. 137 f. lesen wir: »Seit 1810 wurden keine neuen Bücher mehr verzeichnet, die die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes ausführlich auseinandersetzen. So ist es erklärlich, warum die späteren Aussagen der ungarischen Kirche hinsichtlich des Primates und der Unfehlbarkeit des Papstes sich zu keinem anderen Text als nur zu dem des Konzils von Florenz bekennen und von einer persönlichen Unfehlbarkeit des Papstes, die über die Unfehlbarkeit des apostolischen Stuhles hinausgeht, nichts wissen.« In der dazugehörenden Anm. 35 auf S. 138 wird dann u. a. auf die Provinzialsynode von Kalocsa 1863 verwiesen. Nun wurde aber während des Konzils vom Infallibilistenausschuß im Anhang zu seinem Schreiben v. 28. 1. 1870 an alle Bischöfe, das die Bitte um die Definierung der Unfehlbarkeit vortrug, gerade u. a. auf diese Provinzialsynode von Kalocsa verwiesen, weil in ihr die päpstliche Unfehlbarkeit ausgesprochen sei! (Vgl. C. Butler, H. Lang *Das I. Vatikanische Konzil*, München 2. Aufl. 1961, S. 182; sowie *Collectio Lacensis*, Bd. 7, Freiburg 1890, Sp. 933). Liest man den Text der Provinzialsynode von Kalocsa nach (*Collectio Lacensis*, Bd. 5, Freiburg 1879, S. 625), dann wird einem klar, daß man diesen Text nicht durch den Verweis in einer Anm. beiseite schieben darf. Hier müßte unbedingt nachgefragt werden. — Diese und manche andere ähnliche Fragen theologiegeschichtlicher Art, die man an das Buch, das auch durch ab und zu störende Druckfehler nicht abgewertet wird, stellen möchte, mindern den Wert der Arbeit keineswegs, für deren Erkenntnisse, Anregungen, aber auch Fragen man dem Verf. Dank schuldet.

Karl-Josef Benz

Regensburg

Salacz, Gábor: *Egyház és állam Magyarországon a dualizmus korában 1867—1918* [Kirche und Staat in Ungarn im Zeitalter des Dualismus 1867—1918]. München: Aurora könyvek 1974. 262 S. = *Dissertationes hungaricae ex historia ecclesiae* 2.

Salacz ist ein bekannter Historiker, der sich vor dem 2. Weltkrieg vor allem mit Arbeiten über die Kirchengeschichte Ungarns im 19. Jh. einen Namen gemacht hat. Auch die vorliegende Studie war schon vor mehr als dreißig Jahren im wesentlichen fertig, nur konnte sie während des Krieges nicht mehr erscheinen. Da der Verf. in der Zwischenzeit sein Werk immer wieder ergänzte, war seine Veröffentlichung wirklich angebracht. In ihm wurde das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Ungarn in der Zeit vom österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867) bis zum Ende des 1. Weltkrieges (1918) behandelt. In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jhs. kämpfte die ungarische Kirche um ihre althergebrachten Rechte und um ihren Einfluß im öffentlichen Leben gegen den liberalen und weitgehend antikirchlich eingestellten Staat. Die Kirche wurde immer mehr in die Defensive gedrängt und verlor eine Schlacht nach der anderen. Gleich 1868 kamen Gesetze, die die katholische Lehre und die kirchliche Praxis betrafen. Das eine Gesetz änderte die katholische Gerichtsbarkeit in den Mischehen. Früher waren für Nichtigkeitserklärung oder Scheidung sämtlicher Mischehen — auch wenn sie protestantisch geschlossen wurden — allein die katholischen Ehegerichte zuständig. Diese Ausschließlichkeit wurde nun aufgehoben und die Zuständigkeit entsprechend der Konfession der Ehepartner geregelt. Der nichtkatholische Partner, wenn er ein Protestant war, mußte in Ungarn — aber nicht in Siebenbürgern — zum weltlichen Gericht gehen. Die verschiedene Praxis der Rechtsprechung führte allzu oft zu der Situation, daß der katholische Partner gebunden blieb, wo der nichtkatholische wieder heiraten durfte. Schlimmer war noch die durch das Gesetz geschaffene Möglichkeit, aus einer rein katholischen Ehe durch Übertritt des einen Partners in eine andere Konfession eine Mischehe zu machen und dadurch die Unauflöslichkeit der Ehe zu unterhöhlen. Gleichzeitig wurde die Konfession der Kinder aus Mischehen bestimmt. Der Sohn folgte der Konfession des Vaters, die Tochter der der Mutter. Für eine gemeinsame Willenserklärung der Eltern, wie sie die Kirche für die katholische Kindererziehung in den Mischehen forderte, gab es keinen Platz. Damit begann aber die Praxis des »Wegtaufens« mit den darauffolgenden zahlreichen Prozessen gegen katholische Priester. Diese Regelung blieb bis 1895 in Kraft, wo mit der Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen standesamtlichen Eheschließung vor der kirchlichen den Eltern das Recht zur Bestimmung der Konfession ihrer Kinder zugestanden wurde. Der lange Kampf hatte die Gegensätze unter den Konfessionen ungemein vertieft.

Die antikatholische Stimmung manifestierte sich aber nicht nur in der Familiengesetzgebung, sondern ebenso auf allen anderen Ebenen. Treffend charakterisiert die Lage die Aussage des Budapester Universitätsprofessors E. Margaltis über die Ungarische Akademie der Wissenschaften, die der Verf. zitiert: »Hungarica academia scientiarum est societas clausa, in quam calvinistae de jure, lutherani et judaei ex gratia et catholici ex misericordia recipiuntur« (S. 77). Ausführlich beschreibt der Verf. auch das katholische Schulwesen, das innerkirchliche Problem der sogenannten »katholischen Autonomie« oder Selbstverwaltung der Kirche, wo die Laien größeren Einfluß erlangen sollten. Die Stellung der ungarischen Bischöfe vor, während und nach dem 1. Vatikanischen Konzil wird eingehend behandelt, doch darüber gibt es jetzt in der deutschen Sprache die Monographie von G. Adriányi *Ungarn und das I. Vaticanum*, Köln-Wien 1975. Wichtiges Ereignis für die Kirche Ungarns in diesem Zeitraum war die Gründung der griechisch-katholischen Diözese Hajdudorog. Kräftige Ansätze einer inneren Erneuerung der Kirche zeichneten sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jhs. ab. Doch mit

dem 1. Weltkrieg und dem darauffolgenden Auseinanderbrechen der österreichisch-ungarischen Monarchie ist eine kampfbetonte schwere Zeit der Kirche zu Ende gegangen und eine völlig neue Lage entstanden.

Auch der sprachenunkundige Forscher wird dem Verf. für die im Anhang mitgeteilten Verzeichnisse, die mit geringer Mühe verständlich gemacht werden können, dankbar sein. Es sind: 1. Die Diözesanbischöfe des historischen Ungarns und Kroatien-Slawoniens; 2. Die päpstlichen Nuntien am Wiener Hof; 3. Die Botschafter der österreichisch-ungarischen Monarchie beim Vatikan; 4. Die Ministerpräsidenten Ungarns; 5. Die Kultus- und Unterrichtsminister Ungarns; 6—8. Die Güter der katholischen Kirche und der anderen Religionsgemeinschaften. Im Personenverzeichnis findet man auch die wichtigsten Lebensdaten der Erwähnten. — Dieses überaus inhaltsreiche Werk mit den vielen Einzelangaben behält seinen Wert auch dann, wenn man heute die Akzente verschieden setzen und einige Urteile anders formulieren würde.

László Szilas

Innsbruck

Bucsay, Mihály: *Kirche und Gesellschaft in Ungarn 1848—1945 unter besonderer Berücksichtigung des Nationalismus*, in: *Kirche im Osten* 18(1975) S. 90—108.

Der Autor (geb. 1901) ist ordentlicher Professor für Kirchengeschichte an der Reformierten Theologischen Akademie in Budapest und trat bisher mit einer Fülle sachkundiger Veröffentlichungen auch an die Öffentlichkeit (z. B. *Die Geschichte des Protestantismus in Ungarn*. Stuttgart 1959). In diesem relativ kurzen Aufsatz charakterisiert er den ungarländischen Calvinismus, und zwar wie er formuliert, im Zeitalter des »bürgerlichen Liberalismus und Nationalismus«. Dabei legt er großen Wert auf die Darstellung der Verschmelzung von Nationalismus und Calvinismus vor und nach 1848, was auch der Tatsache entspricht, und er untersucht dann auch den nach 1919 entstandenen sogenannten Neonationalismus mit seinen Auswüchsen wie Antisemitismus und Antikommunismus. Bei dieser schematischen, nach marxistischen Begriffen und kommunistischem Vokabular erstellten Darstellung (von einem Antikommunismus in den Kirchen Ungarns kann eigentlich keine Rede sein) geriet die eigentliche und wahre Geschichte des ungarischen Calvinismus völlig außer Betracht: sein Kampf um Freiheit und Autonomie gegen staatliche Ingerenz (sogenanntes Protestantenpatent vom 1. 9. 1859), sein Sieg (Rücknahme des Patents am 15. 5. 1860), sein Aufstieg nach 1867 (Synode von 1861, Vereine, Organisationen, Missionstätigkeit, Unionsbestrebungen, Aufblühen der theologischen und religiösen Literatur, Presse usw.), seine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben und im Parlamentarismus (die Liberale Partei unter Leitung des Calvinistenführers Graf Kálmán Tisza, 1830—1902), seine Regeneration nach 1919 sowie seine imposanten Führergestalten, die auch den offenen Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht scheuten (z. B. Bischof László R a - v a s z). Den Verf. entschuldigt, daß er in seiner Aussage wegen der aktuellen Verhältnisse in Ungarn offenbar gebunden war.

Gabriel Adriányi

Bonn

Jenő, Georgely: *Ottokár Prohászka und der politische Katholizismus*, in: *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis. Sectio Historica* 15(1974) S. 76—103.

Dieser gründliche und auf Quellenforschung fußende Aufsatz befaßt sich mit Bischof Ottokár Prohászka (1858—1927), der bedeutendsten Gestalt des modernen ungarischen Katholizismus [vgl. Adriányi, Gabriel *Fünfzig Jahre ungarischer Kirchengeschichte* 1895—1945. Mainz 1974, S. 67—71], wie dies auch der Autor, selbst Marxist, offen zugibt (S. 101). Dabei werden die entscheidenden Lebensabschnitte Prohászkas und die entsprechende Zeit nach den Kriterien der marxistischen Forschung kritisch durchleuchtet: die Studienjahre in Rom (1875—1882), seine erzieherische und literarische Tätigkeit in Gran (1882—1902), sein überdimensionale Aktivität als Bischof, Seelsorger, Philosoph, Kirchenreformer und Patriot (1902—1927), wobei besonders Prohászkas Stellungnahmen zu Krieg und Frieden, zur Revolution von 1918—1919 und zur Konterrevolution von 1919 untersucht werden. Der Verf. betreibt keine billige Propaganda, sondern setzt sich mit dem Anliegen Prohászkas, einem erneuerten, sozial-politisch engagierten Katholizismus in der ersten Hälfte des 20. Jhs., ernsthaft auseinander. Seine Kategorien, Prämissen und Schlußurteile sind zwar für einen Nichtmarxisten unannehmbar, doch sind seine Forschungsergebnisse an vielen Stellen beachtlich und tragen zum besseren Verständnis Prohászkas bei, besonders sein soziales Anliegen betreffend.

Gabriel Adriányi

Bonn

Salacz, Gábor: *A magyar katolikus egyház a szomszédos államok uralma alatt* [Die ungarische katholische Kirche unter der Herrschaft der Nachbarstaaten]. München: Aurora könyvek 1975. 148 S. = *Dissertationes hungaricae ex historia ecclesiae* 3.

Der Herausgeber der Reihe, Gábor Adriányi, spürte selber, daß das vorliegende Werk sowohl vom Thema her, wie auch wegen des Stils geeignet ist, Leidenschaften neu zu entfachen. Deshalb nimmt er dazu im Vorwort Stellung und rechtfertigt in kurzen Worten die Veröffentlichung. Salacz hat wohl auch diese Arbeit schon vor Jahrzehnten wenigstens konzipiert und das Material dafür gesammelt. In vier verschieden langen Kapiteln behandelt er die Lage der ungarischen katholischen Kirche nach 1918 in den Gebieten der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Österreichs, die bis dahin dem Königreich Ungarn gehörten. Die Darstellung spiegelt, besonders was die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen betrifft, den damaligen ungarischen Standpunkt und fußt fast ausschließlic auf ungarischen Quellen. Der Wert dieser Studie liegt eben in der Verarbeitung des ungarischen Quellenmaterials. Dadurch ist sie aber naturgemäß einseitig und ergänzungsbedürftig. Die Lage der ungarischen Katholiken war auch deshalb schwierig, weil in diesen Gebieten die Nationalitätenfrage mit der religiös-konfessionellen vermischt wurde. Diese Situation gestaltete sich besonders kompliziert in Siebenbürgen, wo neben den konfessionellen Unterschieden auch die Riten innerhalb der katholischen Kirche eine große Rolle spielten. Es gab hier Bi-

stümer für die Lateiner und unter den Unierten für die rumänische, ungarische und auch armenische Bevölkerung. Während die rumänische Regierung die Ritusfrage in ihre Nationalitätenpolitik einspannen wollte, erschwerte das römisch-lateinische Kirchenrecht den Rituswechsel sehr. In den jahrelangen Auseinandersetzungen zeigte sich aber auch, daß die Lateiner oft wenig Verständnis für die Unierten aufbrachten. Das Schicksal der unierten Katholiken in Siebenbürgen wurde nach dem 2. Weltkrieg noch tragischer, als das kommunistische Regime ihre Bistümer unterdrückte und sie in die orthodoxe Kirche einverleibte. — Es ist zu hoffen, daß Kirchenhistoriker das hier verarbeitete reiche Quellenmaterial in ihren weiteren Forschungen verwerten werden.

László Szilas

Innsbruck

Berend, Iván T.; Ránki, György: *Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries*. New York, London: Columbia University Press 1974. 402 S., 65 Tab. im Text.

Dies ist die Übersetzung des 1969 in Ungarn unter dem Titel *Közép-Kelet-Euroopa gazdasági fejlődése a XIX—XX. Században* erschienenen Buches, an dessen Vorbereitung die Verf. bereits ab Anfang der 50er Jahre arbeiteten. Der Raum umfaßt nach den heutigen Grenzen Österreich, Ungarn, Polen und Südosteuropa ohne Griechenland, er soll vor allem als historisches Konzept verstanden werden, in dem Sinne, daß in diesem Raum im 15./16. Jh. ein anderer Weg der Entwicklung eingeschlagen wurde als im Westen, und sich erst ab Anfang des 19. Jhs. der Übergang vom »Feudalismus« zum Kapitalismus vollzog. Die Arbeit will die Tendenzen aufzeigen und das spezifische Entwicklungsmodell herausarbeiten. Unter diesem Gesichtspunkt werden häufig Vergleiche aus den westlich gelegenen europäischen Staaten und daneben auch aus Rußland angeführt. Innerhalb des erfaßten Raumes werden die augenfälligen Unterschiede in Entwicklungstendenz und Struktur nach drei verschiedenen Bereichen aufgezeigt: Die österreichischen Alpenländer und Böhmen-Mähren mit charakteristischen Zügen, die dem industrialisierten Westen näher sind, Ungarn und Polen, wo sich neben der Agrarwirtschaft eine Industrierwirtschaft ausbildet und die südosteuropäischen Länder, in denen die Industrie bis zum Zweiten Weltkrieg auf einzelne Inseln beschränkt blieb.

Aufgezeigt werden Strukturen, Wachstumsvorgänge, Krisen, differenziert von Land zu Land und in zeitlichen Kurzperioden, so daß Detailangaben in außerordentlich großem Umfang dargeboten werden. Wenn die Verf. sich auch auf eine breite Literatur stützen konnten, so haben sie darüber hinaus doch viel aus Archiven geschöpft. Besonders dicht sind verständlicherweise die Abschnitte über Ungarn. Maßnahmen der Wirtschaftspolitik werden stark herausgearbeitet, bereits für das 19. Jh., aber insbesondere für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die gesellschaftliche Komponente wird eher grundsätzlich angedeutet, als im einzelnen verfolgt. Mit einer demographischen Einführung, die 1800 einsetzt, werden die wirtschaftlichen Prozesse im wesentlichen von der Mitte des 19. Jhs. an detaillierter dargestellt. Der erste Teil, der unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg abschließt, behandelt im einzelnen die Wandlung zur modernen Agrarwirtschaft, das moderne Transport- und Kre-

ditsystem, die Rolle des Staates, Investitionen und Auslandskapital, die Fertigwarenindustrie und die Modernisierung der Wirtschaft und neue kapitalistische Entwicklungstendenzen um die Jahrhundertwende. Der zweite Teil reicht von 1914 bis 1949 und zeigt die Folgen des Ersten Weltkrieges und den Wiederaufbau, die Wirkung der Weltwirtschaftskrise, den Strukturwandel in der Zwischenkriegszeit, die deutsche wirtschaftliche Expansion und die deutsche Kriegswirtschaft, ferner den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkriege.

Die Verf. sprechen von Tendenzen und von einem spezifischen Entwicklungsmodell für Mitteleuropa. Diese grundsätzlichen Erkenntnisse lassen sich in den folgenden Sätzen zusammenfassen: In Ostmitteleuropa zeitigte die industrielle Revolution um die Jahrhundertwende andere Ergebnisse als in den westlichen Ländern, während diese zu industrialisierten Ländern wurden, blieben jene agrarisch. Typisch für Ostmitteleuropa zu Anfang des 20. Jhs. sind primitive Formen der Agrarwirtschaft in Kombination mit modernsten Organisationsformen (Monopolen) der Industrie und der Banken. Viel wichtiger als für die westliche Entwicklung waren für die östliche äußere Anstöße. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs in der zweiten Hälfte der 20er Jahre war der Kapitalzufluß aus dem Ausland stärker als vor dem Kriege, die Ergebnisse waren aber weit geringer, da zu viel für unproduktive Zwecke ausgegeben wurde. So bedeutete dieses Wirtschaftswachstum kaum mehr als den Wiederaufbau. Der Anteil des Auslandskapitals war schwächer als vor dem Kriege, spielte aber (abgesehen von der Tschechoslowakei) noch immer eine entscheidende Rolle. — Die Bibliographie von 33 S. enthält die wichtigste östliche und westliche Grundlagenliteratur.

Helmut Klocke

Pöcking

Péterdi-Hahn, Otto: *Die kapitalistische Landwirtschaft von 1848 bis 1945 im Dorf Bakony Péterd in Ungarn*. München: Verlag des Südostdeutschen Kulturwerks 1974. 100 S.

Auf knapp 50 S. Text, ergänzt durch 13 S. Anmerkungen und 31 S. Tabellen, Skizzen und Photographien hat der Verf. aus Archivmaterial (Staatsarchiv Budapest, Staatsarchiv Veszprém, Benediktiner-Abtei Martinsberg aus Pannonthalma), aus Veröffentlichungen im wesentlichen statistischer Art und aus Erzählungen von Familienangehörigen und anderen Einheimischen in erster Linie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse des zwischen Raab (Győr) und Zirc gelegenen, bis 1945 mehrheitlich deutschbesiedelten Bakonyerwald-Dorfes Bakony Péterd geschildert. Dabei wird die Entwicklung eines Betriebes besonders verfolgt. Gestreift werden dabei die allgemeine wirtschaftliche, die demographische, die soziale und die kulturelle Lage. Von der Aufhebung und Ablösung der grundherrschaftlichen Lasten (abschließende Vereinbarung zwischen Grundherrschaft und Dorfbewohnern 1858) ausgehend, ist der Wandel der Verhältnisse nach einzelnen Sachgebieten chronologisch abgehandelt, und zwar detailliert bis 1941. Das von den grundherrlichen Lasten befreite Bodeneigentum beträgt 1858 für den Bauern 16,5 ha, für den Kleinhäusler (in übersetzter Terminologie Kleinbauer) 5,7, für den Fronholden (Kleinhäusler) 1,5 ha, für den »Fronholden ohne Haus« (Einlieger) 0,5 ha. Klar zeichnet sich aus den Tabellen von 1858 bis 1910 die fast unveränderte Besitzstruktur ab, erst

1935 ist eine erhebliche Zunahme der Halb- und Viertelbauern (nach anderer Terminologie) festzustellen. Über die Gründe für die Erweiterung der Gesamtfläche macht der Verf. keine Angaben. In der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion sind besonders hervorgehoben: Die sofort mit der Ablösung einsetzende erhebliche Ausweitung des Ackerlandes, und zwar zu Lasten der Weide, was die Fleisch- und Wollversorgung der damals autarken kleinen Bauernwirtschaften in Frage stellte; der starke Rückgang der Schwarzbrache von den 70er Jahren an, die Einführung neuer Geräte und Maschinen; der beträchtliche Rückgang der Pferdehaltung zu Gunsten der Rinderhaltung (Daten ab 1896); der starke Anstieg der Schweine- und Geflügelhaltung von 1896 bis 1935.

Die Arbeit liefert in ihren zahlenmäßigen Angaben und auch z. T. in ihren konkreten Aussagen ein gut verwendbares Material zur Erfassung der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und der dörflich-bäuerlichen Struktur im Laufe eines Jahrhunderts. Nicht sehr glücklich und z. T. methodisch unsicher ist die Terminologie. Es gelingt nicht immer, die historische Bezeichnung oder die Form der Mundart auch in der heute gebräuchlichen Sprache und Begriffsform zu übersetzen. Darüber hinaus zeigen sich sprachliche und methodische Fehlgriffe. So ist es nicht sinnvoll, den Viehbestand je 1000 Einwohner von Ungarn und Bakony Péterd in einer Tabelle (S. 68) vergleichsweise nebeneinander zu stellen, Industrie für Handwerk zu setzen (S. 72) und landwirtschaftliche Betriebe als »Landwirtschaften« zu bezeichnen. Angreifbar ist bereits der Titel: Es handelt sich wohl um die Landwirtschaft in der Epoche des Kapitalismus, aber man kann kaum in diesem Dorf mit seinen vielen Subsistenzbetrieben von »kapitalistischer Landwirtschaft« sprechen.

Helmut Klocke

Pöcking

Erdei, Aranka: *A XIX. század első felének jobbágyparasztiárutermeléséhez* [Zur Warenproduktion der Fronbauern in der ersten Hälfte des 19. Jhs.], in: *Agrártörténeti Szemle* 17(1975) S. 463—476.

Dieser Beitrag behandelt die Produktion und den Absatz von Schafwolle in vier Orten des Komitats Békés, in Gyoma, Mezőberény, Köröstarcsa und Körösladány. Hier standen auf den Überschwemmungsgebieten der Körös-Flüsse auf sehr großen Fluren Wiesen und Weiden zur Verfügung. War bis 1830 das ungarische Zackelschaf vorherrschend, so erfolgte dann der Übergang zu dem vom Großgrundbesitz schon früher hier und da gehaltenen Merinoschaf, das jährlich zweimal geschoren werden konnte. Die Preisab-sprache mit den Abnehmern wurde von den örtlichen Behörden durchgeführt die auch einen Teil des Erlöses einbehielten; der Adel war berechtigt, seine Verträge unmittelbar abzuschließen. Von 1810 bis 1840 bestand eine günstige Wollkonjunktur, die Wolle hatte damals einen Anteil von 29% an der ungarischen Ausfuhr, der jährlich sechsmal stattfindende Budapester Wollmarkt war der größte auf dem Kontinent. Für grobes Tuch war auch der innere Markt sehr aufnahmefähig. Witterungseinflüsse, Waschen, Scheren, Schäfer-Entlohnungen und Preise ergänzen das Bild.

Helmut Klocke

Pöcking

Gunst, Péter: *A magyar mezőgazdaság technikai fejlődése és annak akadályai (a XVIII. század végétől 1945-ig)* [Die technische Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft und ihre Hindernisse (vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945)], in: *Agrártörténeti Szemle* 17(1975) S. 42—53.

Es handelt sich um die magyarische erweiterte Fassung eines Vortrages auf dem 3. wirtschaftsgeschichtlichen Kolloquium Ungarn-DDR. Im Unterschied zum weit höher entwickelten Westeuropa war in Ungarn mehr als die Hälfte der Fläche noch kein Ackerland. Primitive Zweifelderwirtschaft, Weidewirtschaft und dementsprechend Rinder als größter Ausfuhrposten bestimmten das Bild. Wenn auch der Großgrundbesitzer über etwas modernere Produktionsmittel als der Bauer verfügt, fehlen bei Überschub an Arbeitskräften und bei beschränkten Absatzmöglichkeiten die Voraussetzungen, eine moderne Technik einzuführen. Die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes bestimmte die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Grunde bis 1945, doch bildeten sich Unterschiede heraus: Der grundherrliche Eigenbetrieb, und zwar vor allem in den westlichen Landesteilen, wurde moderner und leistungsfähiger. Die Bemühungen des Grafen Festetics durch Ausbildung von landwirtschaftlichen Fachleuten die Entwicklung voranzutreiben, scheiterte, auch der Übergang zu einem differenzierteren Fruchtwechsel und die Einstellung von Lohnarbeitskräften blieb eine Ausnahmeerscheinung. Einen Wendepunkt für die technische Entwicklung bedeutet die Aufhebung der grundherrlichen Lasten: Die Bauern bewirtschafteten ihr Land nun nach eigener Entscheidung, wenn auch der Flurzwang meist noch bestehen blieb, einschneidender war der Übergang der Großbetriebe zu Verpachtung und Lohnarbeit, doch die schwache Industrialisierung war ein beträchtliches Hindernis und führte bis zur Jahrhundertwende zur Bildung eines außerordentlich starken Agrarproletariats. Immerhin hatten Eisenbahnbau und Getreidekonjunktur sowohl im Groß- als auch im bäuerlichen Betrieb eine positive Wirkung, so daß moderne Geräte und Maschinen, einträglichere Viehrassen, neue Futterarten und ein differenzierterer Fruchtwechsel eingeführt wurden. In den Gebieten mit geringen Absatzmöglichkeiten (Alföld, Siebenbürgen, nordöstliche Berggebiete) nahm der Arbeitskräfteüberschub besonders stark zu. Die Getreidekrise von 1873 überwand am besten die bäuerlichen Betriebe und zwar durch schnelle Umstellung (neue Rinderrassen, genossenschaftliche Organisation, günstige Milchverwertung) vor allem im Westen und um Budapest. Die kapitalkräftigen Großbetriebe gingen dort zu erhöhter Fleisch- und Milcherzeugung und zu intensiverem Ackerbau über. Aus den Kreisen der rückständigen Großgrundbesitzer (meist gentry aus den östlich der Donau gelegenen Landesteilen) rekrutierte sich eine kapitalfeindliche, antisemitische Agrarbewegung, die mit der Forderung nach Schutzzöllen auftrat, 1906 eine Zollerhöhung erreichte und dadurch dazu beitrug, die alte Produktionsstruktur (Getreideerzeugung) zu konservieren. Allerdings ermöglichten die durch die Zölle gesteigerten Gesamteinnahmen der Landwirtschaft eine technische Entwicklung, die sich dem Stand in Österreich annäherte. Dazu hatten die günstigen Absatz- und Einkaufsmöglichkeiten auf dem großen Markt der Gesamtmonarchie erheblich beigetragen. Die Auflösung der Monarchie führte zur Stagnation der landwirtschaftlichen Erzeugung, zu extensiverer Bewirtschaftung und zur Verlangsamung der technischen Entwicklung der Landwirtschaft. Die Weltwirtschaftskrise brachte weitere Schwierigkeiten mit sich, die bis 1938 wirksam waren. Der Aufsatz zeichnet ein außerordentlich kom-

plexes Bild der Entwicklung, da er die wirtschaftlichen und politischen Gesamtverhältnisse sowie die betriebliche und landschaftliche Differenzierung einbezieht.

Helmut Klocke

Pöcking

Tolnay, Gábor: *A Nagyatádi-féle földreform végrehajtása Öcsödön az 1920-as években* [Die Durchführung der Nagyatádischen Bodenreform in Öcsöd in den 1920er Jahren], in: *Agrártörténeti Szemle* 17(1975) S. 172—204.

Der Verf. weist darauf hin, daß eine marxistische Bearbeitung dieser Bodenreform noch nicht geleistet sei, er schildert und analysiert am örtlichen Beispiel einer damals zum Komitat Békés gehörenden Großgemeinde mit rd. 7600 Einwohnern und einer Flur von 21.560 kj unter den Gesichtspunkten: 1) Verteilung von Hausplätzen, 2) Übergabe von Boden in Kleinpachtungen, 3) Austeilung von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche in bäuerliches Bodeneigentum, 4) Zuteilung von Weide. Als dringendstes und nützlichstes Vorhaben wird die Verteilung von Hausplätzen bewertet, von der 12,3% der erwerbstätigen Bevölkerung profitierten, wenn auch zu hohem Preis. Kleinpachtungen erhielten 4% der erwerbstätigen Bevölkerung, damit waren 47,14% der Fläche des Großgrundbesitzes in Pacht gegeben. Da die Pachtpreise ohne Rücksicht auf die zukünftigen Absatzpreise festgelegt waren, erzielten die Großgrundbesitzer dadurch erhebliche Vorteile. Landwirtschaftliches Bodeneigentum erhielten 10,7% der erwerbstätigen Bevölkerung, unter den Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise gaben viele Empfänger das Land wieder ab, sie wurden im Grunde durch diese Maßnahme ruiniert, wenn auch die Bodenverteilung dadurch etwas ausgeglichener wurde. Die Weidezuteilung wurde allseits begrüßt, da jeder ohne Rücksicht auf seinen Besitz Anrechte erhielt und so die Viehhaltung intensiviert werden konnte. Im einzelnen werden die Anteile und die Existenzfähigkeit der Besitzgrößenklassen der bäuerlichen Betriebe untersucht, dabei wird auf die Unterschiede zum Landesdurchschnitt hingewiesen. Einschließlich des Pachtlandes wird durch die Reform die Gruppe der Betriebe zwischen 20 und 50 kj im Unterschied zum Landesdurchschnitt sehr stark; sie verfügte nun über mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche und über die Hälfte des Viehbestandes, sie nahm auch eine entscheidende Stellung in der Gemeindeverwaltung ein. Zwischen dieser Gruppe und den Agrarproletariern herrschte eine starke Spannung. Dazu wäre zu bemerken, daß mit der Schaffung dieser starken Gruppe von Mittelbauern nach damaliger deutscher statistischer Einordnung durchaus eine tragfähige Schicht geschaffen war, ein anderer Gesichtspunkt für die Bodenverteilung muß den Verf. freilich zu anderen Schlüssen führen.

Helmut Klocke

Pöcking

Bueno, Salvador: *Hungria en las crónicas y cartas de José Martí* [Ungarn in den Chroniken und Briefen von José Martí], in: *Acta Litteraria Academiae Scientiarum Hungaricae* 17(1975) S. 43—53.

Salvador Bueno (La Habana) weist auf die Tatsache hin, daß bereits im 19. Jh. in dem damals weitgehend am Rand des Weltgeschehens stehenden, aber an den europäischen Ereignissen lebhaft interessierten Mittel- und Südamerika auch Ungarn nicht unbekannt geblieben ist. Als Beispiel wird José Martí (1853—1895) genannt, der wohl bekannteste Schriftsteller Kubas. Martí machte in südamerikanischen Tageszeitungen (besonders in Buenos Aires) den ungarischen Maler Mihály Munkácsy und dessen Werk, das er sehr schätzte, bekannt. Weiterhin zeigte er sich von Sándor Petöfi beeindruckt, auf den er des öfteren Bezug nimmt. Sporadisch lassen sich in Martí's Schriften noch mancherlei andere Hinweise auf Ungarn, auf Land und Leute, finden, so z. B. in der Figur des ungarischen Pianisten Keleffy in dem Roman »Funesta« (1885).

Ekkehard Völkl

Regensburg

Gottas, Friedrich: *Zur Nationalitätenpolitik in Ungarn unter der Ministerpräsidentenschaft Kálmán Tizsa*, in: *Südostdeutsches Archiv* 17/18(1974/1975) S. 85—107.

Das folgenschwerste Problem Ungarns in der Zeit des Dualismus war das Verhältnis gegenüber den nichtmagyarischen Nationalitäten, insbesondere also diese Politik in eine offene Magyarisierung überging. Dieser Wandel erfolgte in der 15-jährigen Regierungszeit von Kálmán Tizsa (1875—1890). Gottas behandelt in der vorliegenden übersichtlichen, materialreichen und gut dokumentierten Studie — einem überarbeiteten und ergänzten Vortrag — die Schritte und Maßnahmen im Rahmen der damaligen Nationalitätenpolitik Budapests sowie ihre sich fortlaufend verschärfenden Auswirkungen. Besonders interessant ist die — offenbar weniger bekannte — Resonanz, welche die Behandlung der ungarländischen Deutschen und der Siebenbürgener Sachsen bei deutschnational gesinnten Kreisen in Wien und im Deutschen Reich hervorrief, so bei dem Wiener und bei dem Berliner Deutschen Schulverein wie auch bei Einzelpersonlichkeiten (z. B. bei dem Münchner Universitätsprofessor Franz Löhner und bei dem Freiburger Universitätsprofessor Rudolf Heinze),

Lothar Gräser

Regensburg

Gogolák, Ludwig: *Wien und Budapest in den frühen zwanziger Jahren*, in: *Österreichische Osthefte* 17(1975) S. 225—232.

Der hier anzuzeigende Kurzaufsatz beabsichtigt, Anregungen für eine noch nicht geschriebene Geistes- und Kulturgeschichte im österreichisch-ungarischen Raum nach 1918 zu geben. Die engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hörten ja nach dem Ersten Weltkrieg nicht schlagartig auf. Mit Namenslisten und Hinweisen versucht der Verf., eine tiefer greifende sozialpolitische Untersuchung etwa folgender Bereiche zu ermuntern: politisches Emigrantentum in Wien, geeint nur allein durch den Haß auf Horthy und auf ehemalige Beamte oder Militärs der Doppelmonarchie in Budapest, gleichsam in innerer Emigration; Theater- und Pressewesen der beiden

Hauptstädte in gegenseitiger Befruchtung, aber auch Konkurrenz; ungarische Börsen- und Finanzmakler in Wien; die fruchtbare Arbeit des ungarischen Historikerkreises in Wien um die Schüler Thallóczy's (gest. 1916): Károlyi, Szekfű, Eckhart, Miskolczy, Angyal, Lábán.

Krista Zach

München

Mesaroš, Šandor: *Radnički pokret u Bačkoj od formiranja Socijaldemokratske Partije Ugarske do kraja prvog svetskog rata 1890—1918* [Die Arbeiterbewegung in der Batschka von der Gründung der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1890—1918]. Novi Sad 1975. 343 S. = Institut za Izučavanje Istorijske Vojvodine. Monografije 13.

Die Arbeiterbewegung im Komitat Bács-Bodrog gehörte in Ungarn zu den stärksten. Besonders für die Zeit, die unmittelbar auf die Gründung der »Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei« im Dezember 1890 folgte, trifft dies zu. Zwar wurden anfangs lediglich selbständige Kultur- und Selbsthilfeorganisationen geschaffen und gehörten diesen eher Kleingewerbetreibende als Mitglieder an, doch das System der Latifundien trug bereits sehr bald dazu bei, daß sich immer mehr Agrarproletarier von der Bewegung angesprochen fühlten. Die meisten vor allem gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen in einem agrarischen Gebiet befanden sich 1896 im Bács-er Komitat. Die Forderungen des Agrarproletariats sollten auf einem Landarbeiterkongress formuliert werden, doch die Parteiführung lenkte aus Angst vor Repressalien der Regierung Bánffy ein. Als István Várkonyi, ein Mitglied der Parteiführung, daraufhin in dem von ihm im August 1896 in Orosháza gegründeten Blatt *Földmívelő* [= Landarbeiter] ein radikaleres Programm veröffentlichte, fand dieses besonders unter den Serben der Batschka einen günstigen Anklang. Die Führung der »Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei« hatte sich anfangs irrtümlich auf den Standpunkt gestellt, die Arbeiter der Nationalitäten stünden überwiegend unter dem Einfluß ihrer eigenen Bourgeoisie und erst 1906 errichtete sie Agitationskomitees, die in dieser Hinsicht eine Änderung brachten. Der Verf. behandelt mit Sorgfalt die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Batschka und schenkt den Einflüssen, die von der Sozialdemokratie einerseits und der Innenpolitik andererseits ausgegangen sind, größte Aufmerksamkeit. — Ein Namensverzeichnis und ein Verzeichnis der geographischen Bezeichnungen erhöhen die Handlichkeit der Monographie. Eine ungarische und eine deutsche Zusammenfassung sind gleichfalls vorhanden; letztere hätte auch in einem besseren Deutsch geschrieben werden können.

Adalbert Toth

München

Erényi, T.: *Die Frage der Revolution und der Reform in der Arbeiterbewegung Österreich-Ungarns um die Jahrhundertwende*. Budapest: Akadémiai Kiadó 1975. 37 S. = Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 12.

In dieser Skizze wird die in den letzten Jahren innerhalb der marxistischen Geschichtswissenschaft, vor allem in den sozialistischen Staaten, geführte Diskussion über Reform und Revolution in den Vorstellungen der Arbeiterbewegung fortgesetzt (Siehe auch Konrad, Helmut: *Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg*. Wien 1976). Im Mittelpunkt stehen die österreichischen, tschechischen und ungarischen Sozialdemokraten, wenn auch nur relativ wenig differenziert. Maßgebend war das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, insbesondere in theoretischen Fragen, der entscheidende Unterschied war die multinationale Struktur. Als in den 70er/80er Jahren die österreichische Arbeiterbewegung im Entstehen war, wurde die Befreiung der Arbeiterklasse jedoch nur als soziale Aufgabe gesehen, auch Engels glaubte, die nationale Frage würde keine Rolle spielen. Siegte auf dem Hainfeldler Parteitag 1888/89 auch die marxistische Lösung, so nahm doch praktisch der Druck der Gemäßigten zu, die in der nationalen Frage mit den bürgerlichen Parteien zusammengingen und in der Wahlrechtsfrage mit der Unterstützung der Krone rechneten. 1897 verfügten die Sozialdemokraten in Österreich zum ersten Mal über eine parlamentarische Vertretung mit 15 von 425 Mandaten, nach dem neuen Wahlrecht von 1907 gewannen sie mit einer Million von 4,5 Millionen Wählern 87 Mandate, in Ungarn wurde eine Wahlrechtsreform verhindert und damit auch eine parlamentarische Vertretung. Auf dem Weg über das Wahlrecht und die damit zusammenhängende Demokratisierung wurden große Hoffnungen gesetzt. Auf dem Brünner Parteitag von 1899 wurde als Ziel ein demokratischer Nationalitätenbundesstaat als Lösung der nationalen Frage in Österreich festgelegt. Auf dem sonstigen politischen und sozialen Gebiet waren die Auffassungen geteilt: Viktor Adler sah den automatischen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems als gegeben an, Renner dachte reformistisch, Bauer wollte den bürgerlichen Staat abschaffen. 1912/13 sahen Adler, Soukup und Kunfi noch weitere Möglichkeiten für die Demokratisierung und traten deshalb für die Erhaltung der Gesamtmonarchie ein. Den Sieg des Sozialismus durch Revolution sah man in ferner Zukunft, in der täglichen politischen Praxis orientierte man sich auf bürgerlich-demokratische Ziele.

Helmut Klocke

Pöcking

Tanúságtevők. Visszaemlékezések a magyarországi munkásmozgalom történetéből. 1868—1905 [Zeugen. Erinnerungen an die Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung. 1868—1905]. Budapest: Kossuth Könyvkiadó 1974. 327 S., 26 Abb.

Diese Sammlung soll der erste Band einer geplanten Erinnerungsreihe sein. Das Material entstammt dem »Parteigeschichtlichen Institut des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei«. Außer einer entwicklungsgeschichtlichen Einleitung von S. Edit Vincze umfaßt das Buch 26 Erinnerungen nicht mehr lebender Vereins- und Parteigründer und anderer Mitglieder an die Kämpfe und Vorgänge der damaligen Zeit. Es handelt sich um kurze Darstellungen vom subjektiv-parteiischen Standpunkt aus und von unterschiedlichem Aussagewert. Sie sind teilweise in der »Arbeiter-Wochen-Chronik« in »Népszava« oder anderen Presseorganen der da-

maligen Zeit erschienen. Die bekanntesten Vertreter der ersten Generation der sozialistischen Arbeiterbewegung in Ungarn: Leo Frankel, Károly Farkas, Antal Ithlinger, Viktor Külföldi und Pál Engelman, haben keine Memoiren hinterlassen. Leo Frankel, »der ungarische Minister« der Pariser Kommune, gehörte nach deren Niederschlagung zum Freundeskreis von Marx und Engels in London. Die Einleitung beschreibt, vom kommunistischen Parteistandpunkt aus, die Entwicklung der Arbeitervereinigungen und der Sozialdemokratischen Partei Ungarns im letzten Drittel des vorigen Jhs. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 setzte eine Zeit des stürmischen industriellen Aufbaus ein. Die Entstehung immer größerer Arbeitermassen in Budapest und einigen anderen Städten war die Folge. Am 9. Februar 1868 wurde der Allgemeine Arbeiterverein gegründet. Die Gründer kannten das Kommunistische Manifest noch nicht und vertraten die Vorstellungen Lasalles. Schon im nächsten Jahr bekannte sich die erste Arbeiter-Großversammlung in der Hauptstadt zum Programm der »Sozial-Demokratischen-Partei«. Da die Bewegung sich gerade in alten deutschen Siedlungszentren, wie Budapest, Preßburg und Temesvár entwickelte, ist es nicht verwunderlich, daß die große Mehrheit der Arbeiter dieser Zeit deutscher Abstammung war. Erst später stießen auch Arbeitergruppen ungarischer Abstammung dazu, von denen einige im Gegensatz zur internationalistisch-klassenkämpferischen Ausrichtung den Klassenkampf ablehnten und eine »patriotische« Fundierung wollten. Die ungarländische Arbeiterbewegung hatte deshalb lange Zeit, wie gerade aus dieser Arbeit hervorgeht, ein vorwiegend deutsch-jüdisches Gepräge. Die offensichtlich jüdische Abstammung vieler Führer und Mitglieder wird aber nirgends erwähnt. Zur Jahrhundertwende war die Sozialdemokratische Partei Ungarns schon zu einem politischen Faktor herangewachsen, mit dem die Regierung in jeder wichtigen Frage rechnen mußte. 1905 konnte die Partei-Tageszeitung *Népszava* schon auf eine vierzigjährige Vergangenheit zurückblicken. Das interessante Bildmaterial dieses Bandes unterstützt die Darstellung sehr gut. Ein umfangreiches Personenverzeichnis erleichtert die Orientierung.

Franz Attila Sándor

Feldafing

Tilkovszky, Lóránt: *Pál Teleki (1879—1941). A Biographical Sketch.* Budapest: Akadémiai Kiadó 1974. 70 S. = *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 86.

In einer kurzen biographischen Skizze versucht der Verf. das Leben des bedeutenden ungarischen Politikers und zweimaligen Ministerpräsidenten (1920—1921 und 1939—1941) Pál Teleki zu würdigen und geschichtlich einzuordnen. In der Einleitung bringt er in Form einer Reportage die zeitgenössischen Meldungen aus dem Jahr 1941, die sich mit dem mysteriösen Freitod dieses Politikers beschäftigen. Dabei erörtert Tilkovszky die Frage, ob Teleki eventuell das Haupt eines politischen Widerstands in Ungarn war, der sich gegen ein allzu enges Bündnis mit Hitler wehrte.

Im ersten Abschnitt widmet sich der Verf. der Familie und der Jugend Telekis. Kurz umrissen wird die Militärdienstzeit und seine erste Wahl zum Parlamentsabgeordneten im Kriegsjahr 1915. Beim Zusammenbruch der Donaumonarchie steht Teleki bereits mitten im politischen Leben, als

Minister und als Verteidiger des ungarischen Territoriums gegen die zum Teil neuen Nachbarn der Ungarn. Denn die neuen Grenzen, die in diesem Jahr in Paris festgelegt wurden, entsprachen in keiner Weise dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es die Sieger des Ersten Weltkrieges durchsetzen wollten. Ein Drittel der ungarischen Nation war nach 1919 zu einer nationalen Minderheit in fast allen Nachbarstaaten geworden. Teleki versuchte mit wissenschaftlichen Mitteln, die Grenzen anhand einer von ihm erarbeiteten Sprachenkarte, dieses nationale Unrecht gegenüber der ungarischen Nation sichtbar zu machen. Während der Räterepublik stand Teleki auf Seite der Antibolschewiken. Er war einer der Organisatoren, die versuchten, Béla Kuns Republik zu stürzen. Nach dem Sturz der Räterediktatur wurde Teleki Außenminister und in den Jahren 1920—1921 Ministerpräsident. Die politische Krise, die durch die Rückkehrversuche König Karls ihrem Höhepunkt zutrieb, konnte Teleki nach der Meinung des Verfs. nicht situationsgerecht erfassen und überwinden. Nach dem Friedensvertrag von Trianon, der Ungarns Gebietsabtretungen endgültig besiegelte, wurde Teleki zum Wortführer der Revisionisten. In seiner akademischen und publizistischen Tätigkeit widmete er sich fast ausschließlich dem Problem der Revision des Ungarischen Friedensvertrages. Im Inland selbst bemühte er sich auf christlicher Grundlage um eine Erneuerung der sittlichen und politischen Werte im ungarischen Volk. Dabei stellte der Verf. fest, daß Teleki, aus der Macht verdrängt, Rückhalt in der Geschäftswelt und bei den Banken suchte. Die in den dreißiger Jahren erfolgte außenpolitische Annäherung zwischen Italien und Ungarn ist im wesentlichen auf die Diplomatie Telekis zurückzuführen.

Am Vorabend des 2. Weltkriegs wurde nach dem Anschluß Österreichs im März 1938 Teleki wiederum, zunächst als Kulturminister, in die Regierung aufgenommen. Er wurde dort zur führenden Persönlichkeit einer achsenfreundlichen Außenpolitik. Die Erfolge zeigten sich in der Sudetenkrise. Im Anschluß daran konnte Ungarn den ersten Akt der Revision vollziehen: die südslowakischen bzw. ein Teil der oberungarischen Gebiete mit der Stadt Kaschau kam an Ungarn zurück. Die gleiche Bündnispolitik führte schließlich zum 2. Wiener Schiedsspruch von 1940: Ungarn erhielt den nördlichen Teil Siebenbürgens zurück.

Nach Tilkovszky scheiterte Teleki schließlich mit seiner Außenpolitik daran, daß er auf Gedeih und Verderb mit Hitler verbunden war, sich an Deutschlands Überfall auf Jugoslawien beteiligte und damit die Kriegserklärung Großbritanniens direkt heraufbeschwor. Die Konsequenz dieser Politik lag jetzt unausweichlich vor ihm. Da er allein als Ministerpräsident einen Kurswechsel in Ungarn nicht erzwingen konnte, wählte er den Freitod.

Tilkovszky versuchte in seiner Darstellung alles ihm zugängliche Quellenmaterial heranzuziehen. Das ganze blieb aber eine Skizze. Eine umfassende Ausschöpfung und Interpretation der Quellen steht noch aus. Das würde in mancher Hinsicht ein ausgewogeneres Bild von Telekis Persönlichkeit geben. Besonders die politischen Schlüsse, die Tilkovszky aus der Handlungsweise zieht, wären in mancher Hinsicht ausgeglichener und würden der vielschichtigen historischen Entwicklung in Ungarn und in Europa gerecht.

Förster, Jürgen: *Stalingrad. Risse im Bündnis 1942/43*. Freiburg: Rombach 1975. 172 S. = Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs 16.

Die Katastrophe von Stalingrad und die Gefahr des Zusammenbruchs des Südflügels der Ostfront führten 1942/43 zu einer Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland auf der einen und Italien, Rumänien, Ungarn, Finnland und Bulgarien auf der anderen Seite. Da deren Zusammenarbeit mit Deutschland vom militärischen Erfolg der deutschen Seite abhängig war, mußten sich zentrifugale Tendenzen in dem Augenblick einstellen, da die Unüberwindlichkeit der deutschen Wehrmacht für sie nicht mehr selbstverständlich war. Die Bedeutung der Arbeit Försters liegt vornehmlich darin, auf dem Hintergrund einer Analyse der militärischen Operationen (Heeresgruppen B, Süd, Don) diese heterogenen, und nicht zu einer einheitlichen Aktion zusammengefaßten Tendenzen im einzelnen untersucht und etwa am Beispiel der Türkei und Ungarns deutlich gemacht zu haben, wie Entfernung von Deutschland und vorsichtige Annäherung an die Westalliierten, vornehmlich an Großbritannien, vor sich gingen. Die Schwierigkeiten, auf welche die Balkanstaaten dabei stießen, führten dann im Frühjahr 1943 nach erneuten deutschen Erfolgen am Südflügel der Ostfront zu einem Verzicht auf derartige Bestrebungen.

Unter Benutzung der Anfang 1972 freigegebenen britischen Akten über den Zweiten Weltkrieg ist es Förster gelungen, die Gründe detailliert aufzuzeigen, aus welchen sowohl die Balkanbundbestrebungen der Türkei wie auch die allgemeineren Friedenssondierungen zum Scheitern verurteilt waren: dem deutschen Druck entsprach auf fatale Weise die Unfähigkeit der Westalliierten, von ihrer Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Verbündeten auch vor der Roten Armee abzugehen. Da es ja gerade die antibolschewistische Komponente gewesen war, die diese Staaten zu einer Aktionsgemeinschaft mit Hitler-Deutschland geführt hatte, mußte die Forderung nach Kapitulation auch vor der Sowjetunion ein Element der Stabilisierung im Sinne der deutschen Seite sein, die davon profitierte, daß die Westalliierten nicht bereit waren, Verständnis dafür aufzubringen, daß diese Staaten »aus nationalem Interesse gezwungen waren, den Krieg gegen die Sowjetunion auf deutscher Seite fortzusetzen.« (S. 131).

Die vornehmlich aus ungedruckten Quellen (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Public Record Office London, Militärarchiv Freiburg) gearbeitete Untersuchung wird ergänzt durch den Abdruck mehrerer für das Verständnis der Krise innerhalb des Bündnisses wichtiger Aktenstücke, darunter der Bericht des Deutschen Generals beim Ungarischen Oberkommando 2 an der Heeresgruppe B über den Zusammenbruch der ungarischen Armee vom 1. Februar 1943 und ein Memorandum des Foreign Office an die Botschafter in Washington und Moskau über ungarische Friedensfühler vom 10. März 1943.

Hans-Michael Körner

München

Gosztony, Peter: *Horthy, Hitler and the Hungary of 1944*, in: *Canadian American Review of Hungarian Studies* 2(1975), Nr. 1, S. 43—58.

Der Verf. behandelt eine der krisenhaftesten Perioden der neuzeitlichen ungarischen Geschichte, diejenige von Mitte März bis Mitte Oktober 1944, d. h. von der Besetzung Ungarns durch die Truppen Hitlerdeutschlands (19. März) bis zur Machtergreifung Szálasis (15. Oktober). Es ist ihm gelungen, die Grundhaltung des Reichsverwesers Horthy und des Ministerpräsidenten bis März 1944, Miklós Kállay, klar darzustellen: Heraushaltung Ungarns aus dem Krieg. Horthys Bestrebung war, dahin zu wirken, daß Ungarn durch die angloamerikanischen Truppen besetzt wird, was jedoch nicht verwirklicht werden konnte. Gosztony betont Horthys ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Judenverfolgung, was auf nationalsozialistischer Seite erbitterte Reaktionen auslöste. Seine Feststellung: man könne Horthy mit oder ohne Grund vieles vorwerfen, nicht aber, daß er sich inhuman verhielt (S. 49), entspricht völlig der Wahrheit. Wichtig ist der Hinweis auf die Siebenbürgenfrage (S. 46), welche von Hitler sowohl in seinen Beziehungen zu Rumänien als auch zu Ungarn ausgenutzt werden konnte und wurde. Gosztony betont die Zurückhaltung Budapests nach dem 23. August gegenüber Rumänien: die militärischen Operationen zwischen Ungarn und Rumänien wurden durch das rumänische Ultimatum vom 31. August und durch den rumänischen Angriff ausgelöst (S. 52). Gosztony hat recht auch bei der Bewertung des letzten Ministerpräsidenten der Horthy-Ära, General Géza Lakatos: er sei eher ein Hindernis für Horthy gewesen bei der Verwirklichung seiner Pläne. Gerade im kritischen Moment, wo es sich um die Einstellung der Kriegshandlungen gegen die UdSSR handelte, blieb der 77-jährige Horthy völlig auf sich gestellt. Er mußte auch erleben, daß die Armeeführung, welche sein volles Vertrauen hatte, ihn im Stich ließ. Gosztonys Abhandlung ist eine wertvolle Zusammenfassung der politischen Geschichte Ungarns in dieser kurzen Periode; seine Mitteilungen stützen sich auf ein außerordentlich reichhaltiges Quellenmaterial.

László Révész

Bern

Lehmann, Hans Georg: *Der Reichsverweser-Stellvertreter. Horthys gescheiterte Planung einer Dynastie*. Mainz: v. Hase & Koehler Verlag 1975. 130 S. = Studia Hungarica 8.

Die vom Autor selbst als »Fallstudie« bezeichnete Arbeit geht scheinbar einer sehr speziellen, ja, für den Außenstehenden abwegig anmutenden Frage nach: Hat der Reichsverweser des Königreichs Ungarn, Admiral v. Horthy, während des Zweiten Weltkrieges, genauer: in den Jahren 1941/42, für seine Familie eine dynastische Lösung geplant (beabsichtigt oder erwogen) und damit ein neues Königtum zu gründen versucht? Jedoch impliziert die Antwort auf diese scheinbar abseitige Frage weitreichende Konsequenzen: nicht nur auf das nach wie vor umstrittene Horthy-»Bild«, sondern auch für die Geschichte Ungarns vor der großen Zäsur des 15. Oktober 1944.

Die Aufgabe, vor die sich der durch mehrere Studien zur Sozialgeschichte sowie zur politischen Geschichte des späten 19. und des 20. Jhs. bekannt gewordene und als langjähriger Mitarbeiter in der deutschen Editorengruppe zur Herausgabe der deutschen Akten zur auswärtigen Politik hierfür besonders geeignete Verf. gestellt sah, war daher eine zweifache: er mußte zunächst aus dem Wust der Legenden, »Meinungen« und Halbwahrheiten in strenger Quellenkritik die Vorgänge zu rekonstruieren versuchen und sodann

das auf diese Weise Ermittelte in den größeren, historischen Zusammenhang einordnen. Beides ist Lehmann dank seiner außergewöhnlichen Akribie in der Detailarbeit und seiner Fähigkeit sowohl zur Differenzierung als auch zur Synthese vorzüglich gelungen. Methodisch ist die Arbeit geradezu ein Muster für prägnante Fragestellungen und exaktes Vorgehen bei der Lösung der Probleme, und dies angesichts einer völlig offenen »Ausgangslage«, die von den extremen Positionen: Horthy habe niemals dynastische Projekte verfolgt, einerseits, und: Horthy habe von den zwanziger Jahren an ebenso konsequent wie — angesichts der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten — mit langem Atem die Königskrone für seine Familie angestrebt, andererseits gekennzeichnet war. Bei dem reichlich diffusen Quellenmaterial, das vor allem in den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn und des Bundesarchivs in Koblenz auf Grund der von verschiedenen deutschen Stellen in Ungarn sowie von ungarischen Mittelsmännern und V-Leuten stammenden Berichte zur Verfügung stand — ergänzt durch Exzerpte aus Dokumenten, die dem Autor aus Budapest übersandt wurden, sowie durch Befragungen von einigen Wissensträgern —, galt es, das absolut Gesicherte festzuhalten, das mehr oder weniger Wahrscheinliche als solches zu kennzeichnen, das Mögliche in gleicher Weise zu charakterisieren, alles übrige aber auszuschneiden.

Nunmehr steht fest, daß Horthy 1941/42, also auf dem Höhepunkt der deutschen Machtstellung in Europa, als das deutsche Ostheer tief in Rußland stand, eine »Hausmachtspolitik« verfolgte, die — nicht für ihn selbst, wohl aber für seine Familie über seinen ältesten Sohn István — in die Gründung einer neuen Dynastie einmünden sollte. Die Widerstände, die sich u. a. von Seiten des Ministerpräsidenten v. Kallay und auf außenpolitischem Felde in Gestalt einer deutlichen Distanzierung Hitlers dagegen erhoben, der Tod des bereits zum Reichsverweser-Stellvertreter bestellten István am 20. August 1942, nicht zuletzt aber auch die tiefgreifenden Änderungen in der allgemeinen Kriegslage seit dem Herbst 1942, die eine Niederlage Hitler-Deutschlands immer wahrscheinlicher machten, ließen die Annäherung an dieses Ziel nur in Etappen zu und veranlaßten Horthy, es schließlich ganz aufzugeben.

Lehmann unterscheidet verschiedene Ansätze: István zum Nachfolger als Regenten wählen zu lassen, wofür die Wahl zum Reichsverweser-Stellvertreter die Vorstufe bilden sollte; die Gründung eines Fürstentums, um István die Nachfolge zu vererben, nachdem der Hauptplan, eine Dynastie im Rahmen der Regentschaft zu gründen, gescheitert war; dann der — von Horthy selbst nur kurzfristig erwogene — phantastische Plan, nach dem Tode Istváns dessen Sohn (ein Kleinkind) zum König zu krönen oder zum Reichsverweser-Stellvertreter wählen zu lassen; schließlich: die Vorbereitung eines nationalen Königtums für den Enkel.

Wie läßt sich nun diese scheinbare Episode aus dem Zeitraum von ca. anderthalb Jahren in den geschichtlichen Zusammenhang einfügen? Der Verf. sieht den Ausgangspunkt in Horthys Leitbild von 1920, das »Sankt-Stephans-Reich« in den Grenzen von 1914, »das selbst im Bewußtsein breiter Volksschichten wie ein Mysterium tremendum nachwirkte« (S. 68), zu erneuern. Horthy zögerte lange, die Chance hierfür im Schatten der Expansionspolitik Hitlers zu sehen. Jedoch nach dem so erfolgreichen Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion setzte Horthy doch auf den Sieg Hitlers. Die dynastischen Pläne, die erstmals im Juni 1941 sondiert wurden und Ende 1941 konkrete Gestalt annahmen, sollten »das nach innen und

nach dem Kriege auch nach außen restaurierte Stephan-Reich unter einer Dynastie Horthy krönen und damit in seiner alten Pracht vollenden« (S. 68). Historisch läßt sich das Ganze nur aus dem — die Realitäten bei einem »Totalsieg« Hitlers in Europa völlig außer Acht lassenden — Ungarn-zentrischen Geschichtsbild Horthys »verstehen«.

Im Anhang veröffentlicht Lehmann aus seinem umfangreichen Quellenmaterial acht besonders aufschlußreiche Stücke, von denen die aus dem Ungarischen Staatsarchiv in Budapest stammende Niederschrift des Fürstprimas von Ungarn Serédi vom November 1942 wohl die aufschlußreichste ist. Sicher wird die Diskussion über Horthys dynastische Pläne mit dieser Studie nicht abgeschlossen sein. Sie kann sich jedoch — im Unterschied zu früher — nunmehr auf eine feste Basis stützen. Diese geschaffen zu haben, ist das große Verdienst dieser Studie.

Andreas Hillgruber

Köln

UNGARN SEIT 1945

Szakács, Sándor: *A nagyigmándi Jókai termelőszövetkezet története* [Die Geschichte der Produktionsgenossenschaft Jókai in Nagyigmánd], in: *Agrártörténeti Szemle* 17(1975) S. 54—128.

Der Verf. gibt einen, vor allem zahlenmäßig sehr detaillierten, durch Tabellen und graphische Darstellungen gestützten Überblick über die Zeit von 1957 bis 1971. Der erste Abschnitt reicht bis zur Mitte der 60er Jahre, er diente der Schaffung der Grundlagen, im zweiten Abschnitt bis Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entstand der tatsächliche Großbetrieb, die folgende Phase ist durch die Zusammenarbeit mit anderen Betrieben, auch im westlichen Ausland, gekennzeichnet. Der Verf. geht von der Lage vor der Kollektivierung aus: Ursprünglich stark religiös bestimmte Gemeinde, die trotz unterschiedlicher Besitzverhältnisse kaum Klassengegensätze kennt. Rund 250 Familien werden Mitglieder, sie bringen nur das eigene Land ein, im Durchschnitt 8 kj, nur sehr wenige sind landlos. In den ersten eineinhalb Jahren werden Schwierigkeiten vor allem durch die Fluktuation und durch die Arbeitsorganisation verursacht; zunächst abgelehnt, wird dann die Familienarbeit doch als Grundlage angenommen. Trotz eines starken Produktions- und Einkommensrückgangs wurden doch viele Grundlagen geschaffen (Bauten, Viehbestand). Ab 1963 bis 1964/1965 werden laufend steigende Ergebnisse erzielt, da die Mitarbeiter mehr Initiative entfalten, die Leitung über mehr Erfahrungen verfügt, und die Erfolge einen Anreiz bieten. Erst allmählich erfolgte die Umstellung von der bisherigen, im einzelbäuerlichen Betrieb erzeugten Produktion auf neue Zweige (Viehzucht, Brathühner, Kükenaufzucht), bis Mitte der 60er Jahre herrschte auch die traditionelle Handarbeit vor, nur die Bodenarbeiten waren mechanisiert. Besonders interessant sind folgende Tatsachen: Die Arbeitskräftezahl hat sich nicht wesentlich verändert, aber die Alten nahmen dabei von einem Drittel auf etwa zwei Fünftel